



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

F/VI/51

1. März 1951

Hinweise  
auf den Inhalt

Der Kanzler erweitert seine Macht	S.1
Illusionen über China	S.3
Ein Instrument der Ost-Propaganda	S.4

## Aussenminister Adenauer

F.R. Eine Überraschung ist die Nachricht nicht, dass Adenauer sich nun endgültig entschlossen habe, auch der erste Aussenminister der jungen deutschen Bundesrepublik zu werden. Es wäre auch keine Überraschung, wenn das Bundeskanzleramt ihr mit der in seiner Hand etwas schartig gewordenen Waffe des Dementis zu Leibe rücken würde. Wir glauben, recht zuverlässig unterrichtet zu sein.

Vielleicht wird die Anhängererschaft des Kanzlers Genugtuung darüber empfinden, dass nun auch vor aller Welt sichtbar wird, was alle Welt wusste: dass Adenauer sein eigener Aussenminister war, ist und bleiben will. Ein grosser Teil der Bevölkerung aber und gewiss ein sehr viel grösserer, als durch die Partei Adenauers repräsentiert wird, dürfte mit Unbehagen oder noch stärkerer Ablehnung reagieren. Man wird andererseits begrüessen, dass nun für konkrete politische Entscheidungen und für eine bestimmte politische Haltung noch deutlicher als bisher die Verantwortung festgelegt ist.

Jedermann neben Adenauer, der in dieser Koalition für diesen Auftrag zur Verfügung gestanden hätte, wäre nur ein Werkzeug Adenauers gewesen. In Wahrheit konnte aus den Reihen der Koalitionsparteien niemand präsentiert werden, der auch nur einigermaßen überzeugt hätte. Der Vizekanzler hat vor einiger Zeit sich selbst angeboten und er hatte sicher sogar die ehrliche Absicht, ein richtiger Aussenminister zu werden, kein Statthalter Adenauerscher Autorität zu bleiben. Aber nicht einmal seine Fraktion stand geschlossen hinter ihm.

Der Führer der Opposition ist seit langem ein scharfer Kritiker

gerade auch des Aussenpolitikers Adenauer und neuerdings haben sich auch sehr bekannte Männer aus dem Regierungslager, wie die Ministerpräsidenten von Bayern und Württemberg-Baden, scharf ablehnend geäußert. Das Petersberger Abkommen, das Verhältnis zur gegenwärtigen Form des Europarates, Voraussetzungen und Art eines militärischen deutschen Beitrages zur Verteidigung des Westens, Schuman-Plan und Pleven-Plan sind die wichtigsten Themen der tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und dem Oppositionschef. Auf die Fragen im einzelnen einzugehen, ist hier nicht am Platz. Aber dies ist ungemein bezeichnend: gerade in einem Zeitpunkt, in dem sich die Regierung des Bundeskanzlers Adenauer in einem geradezu beklemmenden Engpass befindet - sie weiss nicht, wie sie sich wirtschaftlich verhalten soll, sie schwimmt völlig im Widerstreit der eigenen, der amerikanischen und der französisch-englischen Interessen auf aussenpolitischem Gebiet, sie hat sich zu einer klaren Haltung in der Frage der deutschen Einheit einstweilen nur bereitgefunden, als die Opposition sie fest an die Hand nahm - in einem solchen Augenblick wird der Bundeskanzler auch Aussenminister. Das geschieht nicht als Folge eines demokratisch legitimierten Vertrauensbeweises, sondern aus eigener Machtvollkommenheit und einem geradezu willkürlichen Selbstbewusstsein.

Nur selten hat ein Aussenminister, noch ehe er ernannt wurde, oder sich ernannt hat - wie es hier der Fall sein wird - Gelegenheit gehabt, sich zu bewähren. Dr. Adenauer hatte sie, aber er hat sehr sparsam Gebrauch davon gemacht. Es ist zuzugeben, dass die Situation der deutschen Bundesrepublik, eines Teiles ganz Deutschlands, nach dem Ende des Krieges fast hoffnungslos war. Aber als Dr. Adenauer das Heft in die Hand nahm, lagen die Dinge schon anders und es wird mit Recht der schwere Vorwurf gegen ihn erhoben, dass er keinen Sinn und kein Geschick dafür gehabt hat, aus der Gegebenheit der Machtlosigkeit Deutschlands die mannigfachen Chancen wahrzunehmen, die in der zentralen politischen Position eben dieses machtlosen Deutschlands lagen.

Dr. Adenauer hat auch anderthalb Jahre verstreichen lassen, ohne sich eine arbeitsfähige, sachverständige Behörde für die Bearbeitung aussenpolitischer Fragen aufzubauen. Immer wieder hat sich nachteilig ausgewirkt, dass er seine Entscheidungen nicht auf ausreichend gründliche Unterlagen stützen konnte, die ihm ein solches Amt hätte zur Verfügung stellen müssen. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, dass er vor einem Jahr zwar einen Staatssekretär ernannte, der aber bis heute nicht in dieser Funktion in Bonn, sondern als eine Art Sonderbotschafter in Paris amtiert.

Adenauer ist konsequent den Weg des geringsten Widerstandes gegangen und er hat damit den Widerstand derer erst recht geweckt, die nur einem harten, aber gerechtfertigten Anspruch gewichen wären. Dass diese Politik, gefasst in den viel erwähnten "einsamen Entschlüssen" (wenn es hoch kam unter Anhörung und ausdrücklicher Billigung, aber gleichzeitiger tatsächlicher Verwerfung wohlmeinender Ratschläge) sich nicht ausgezahlt hat, wird ihm heute von Kreisen bescheinigt, die weit in seine Anhängerschaft in anderen Fragen hineinreichen. Dr. Adenauer selbst mag die Zusammenhänge anders sehen. So bleibt alles beim Alten.

## Illusionen über China

f. Dieiedereinführung der Todesstrafe für die inneren Gegner der Chinesischen Volksrepublik ist zweifellos ein Vorgang von nicht geringer politischer Bedeutung. Aus der bedauerlicherweise bisher nur bruchstückhaft bekanntgewordenen Begründung, die zudem noch durch das wenig einwandfreie Filter Hongkongs gegangen ist, kann mit einiger Zuverlässigkeit entnommen werden, dass innerhalb des riesigen Reiches der Mitte die Tätigkeit der Widerstandsgruppen gegen das kommunistische Regime Pekings zugenommen hat.

Das ist an sich nicht sonderlich überraschend. Die Pekingische Regierung hat schon vor längerer Zeit zugegeben, dass die Zahl der Widerständler etwa 400 000 Mann beträgt. Nach britischen und amerikanischen Schätzungen beläuft sie sich auf etwa 1 - 1,2 Millionen. Die wirkliche Zahl wird wohl irgendwo zwischen diesen beiden Schätzungen liegen. Sie ist in jedem Fall also beträchtlich, auch wenn man berücksichtigt, dass sie sich aus vielen und weit verstreuten Gruppen rekrutiert.

Es mag durchaus zutreffen, dass Peking durch die augenblicklichen Rückschläge in Korea nervös geworden und durch die amerikanische Kon-servierung des Regimes Tschiang Kai-scheks auf Formosa beunruhigt, die Gefahr dieser Widerstandsgruppen nun ernster nimmt als bisher. Ebenso wahrscheinlich ist es, dass der Westen den wirklichen Ernst dieser Gefahr für den Bestand des kommunistischen Regimes aus dem Wunsch heraus, sie beseitigt oder wenigstens gefährdet zu sehen, weit übertreibt.

Wer sich vor Illusionen schützen will, wird gut daran tun, einige unbestreitbare Tatsachen nicht aus den Augen zu verlieren. Nach dem Zeugnis fast aller westlichen Beobachter, die erst nach der Errichtung der Chinesischen Volksrepublik, zum Teil erst in den letzten Wochen und Monaten nach oft jahre- und jahrzehntelangen Aufenthalt das Land verlassen haben, kann an der Dauerhaftigkeit des kommunistischen Regimes kein ernstlicher Zweifel bestehen. Damit ist nicht gesagt, dass dieses Regime nicht mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen habe, aber sie liegen viel stärker auf wirtschaftlichem Gebiet als auf dem der Abwehr der Widerständler. Damit ist ferner nicht gesagt, dass sozusagen über Nacht aus den Gegnern Tschiang Kai-scheks, soweit sie nicht schon Kommunisten waren, nun Kommunisten geworden sind. Des weiteren ist damit

nicht gesagt, dass überhaupt die kommunistische Heilslehre trotz aller intensiven Schulung und trotz allen Druckes von der Mehrheit des chinesischen Volkes angenommen worden ist. Aus diesen Tatsachen aber ableiten zu wollen, dass eine Hoffnung auf den Zusammenbruch des Regimes bestünde, wäre nach allem, was wir zuverlässig wissen können, reine Illusion. Denn das hiesse einmal: Macht und Einfluss der kommunistischen Armee Chinas unterschätzen. Zum anderen läge darin eine gefährliche Unterschätzung der Macht, der Mittel und der Methoden eines autoritären Regimes, zumal eines kommunistischen.

Es kommt ein nicht ungefährlicher Fehlschluss hinzu, dem Amerikaner besonders leicht erliegen. Er besteht darin, dass den Widerstandsgruppen auf dem chinesischen Festland die nationalchinesischen Streitkräfte auf Formosa hinzugerechnet werden. Das ist unzulässig, selbst wenn man unberücksichtigt lässt, wie diese Streitkräfte auf das Festland gebracht werden könnten. Das Prestige Tschiang Kai-scheks ist in China so herabgesunken, dass die Ziele der Widerstandsgruppen keineswegs mit denen des geschlagenen Herrn Chinas gleichgesetzt werden können.

Das alles sind nüchterne Tatsachen, die man nicht ungestraft ignorieren kann. Die Wiedereinführung der Todesstrafe ist gewiss ein Zeichen für die Bedeutung, die Peking den Widerstandskräften beimisst. Weitergehende Schlüsse daraus zu ziehen, gehört in den Bereich des Wunschdenkens.

#### -----

#### Eine Zeitschrift für die Dummen

sp. Seit einiger Zeit ist die verstärkte Einschleusung sowjetzonaler Propagandaschriften nach Westdeutschland zu beobachten. Darunter befindet sich auch eine geschickt redigierte Zeitschrift, die sich "Dokumentation der Zeit" nennt. Als Herausgeber zeichnet das "Deutsche Institut für Zeitgeschichte" in Berlin-Friedrichsfelde (Ostsektor), als Chefredakteur der Kommunist Dr. Karl Bittel.

Das "Deutsche Institut für Zeitgeschichte" war vor fünf Jahren auf Wunsch der Sowjets gegründet worden. In Westdeutschland unterhält das Institut Mitarbeiter, die angeblich zur Vervollständigung des Archivmaterials beitragen sollen, praktisch aber in der gegen die Bundesrepu-

blik gerichteten Wählerarbeit ihre wichtigste Tätigkeit sehen. Einer dieser Mitarbeiter war Dr. Karl Bittel. Bittel ist alter Kommunist, der vor 1933 im ZK der KPD vor allem Genossenschafts- und Konsumfragen bearbeitete. In der Nazizeit war er in der Emigration in der Sowjetunion und vor allem in Frankreich, wo er in der Widerstandsbewegung eine Rolle spielte. Aus dieser Zeit stammen auch seine guten Beziehungen zur französischen KP, die ihn als den geeigneten Mann erscheinen liessen, 1945 in der französischen Besatzungszone die KPD neu zu formieren. Bittel wurde ausserdem Chefredakteur des kommunistischen Organs "Unser Tag" und Landtagsabgeordneter im badischen Landtag. Seine journalistische Spezialität war schon immer, bolschewistische Phrasen in verschiedenen Verpackungen zu servieren, die den politisch Ungeschulten nicht merken liessen, was ihm vorgesetzt wurde.

Dieses Können und eine gewisse Notwendigkeit, Westdeutschland zu verlassen, brachten Bittel nach Berlin und an die Spitze der Zeitschrift "Dokumentation der Zeit". Als Herausgeber wurde 1947 mit Absicht das Institut gewählt, weil es eine harmlose Bezeichnung hat. Nur wenige wussten, was sich darunter tatsächlich verbarg. Aufgabe der Zeitschrift ist, mit weniger plumpen Methoden als sonst üblich im Westen zu agitieren. Um an möglichst viele westdeutsche Leser heranzukommen, wurde die Vertriebsorganisation des sowjetzonalen Verlages "Die Wirtschaft" eingesetzt. Ueber diesen Apparat wurden im ersten Jahr des Bestehens monatlich ungefähr 50 000 Exemplare der "Dokumentation der Zeit" nach Westdeutschland gebracht und grösstenteils auch abgesetzt. Heute dürften immerhin noch etwa 30 000 Exemplare im Monat den Weg nach dem Westen finden.

Diese Zeitschrift darf in der Sowjetzone und im Ostsektor von Berlin nicht verkauft werden. In der Ostzone wissen nur wenig Eingeweihte um die Existenz dieser Zeitschrift. Der Inhalt ist für den Stalinisten "westliches Gift", das nur dazu verwandt werden darf, die westlichen Narren anzulocken und als Wegbereiter der stalinistischen Diktatur einzusetzen.

+ + + + +